

Philipps-Universität Marburg
Fachbereich 21 Erziehungswissenschaften
Prof. Dr. Susanne Maurer

Foucault und sein Verhältnis zum Neoliberalismus

Zum emanzipatorischen Potential der governmentality studies

von

Manuel Wiczorek

Gießen, 20.05.2011

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	1
2	Foucault und der Neoliberalismus	6
3	Foucault und Kritik	16
4	Foucault und Subjektivität.....	23
5	Foucault und moderne Rekursionen	25
6	Vorläufiges Fazit.....	30
7	Literatur.....	33

1 Einleitung

Bevor ich Michel Foucault und seine Studien zur Gouvernementalität kennen lernte, bin ich verstärkt mit Texten und Studien der Kritischen Theorie in Berührung gekommen. Ich untersuchte in meiner Masterarbeit „Die Ökonomisierung des Sozialen“ (2009), vom Denken der Kritischen Theorie beeinflusst, mithilfe des psychoanalytischen Zugangs zur Subjektivität und teils regulationstheoretisch-fundierter Gesellschaftstheorie, Diskurse im Kontext von politisch-ökonomischen Auseinandersetzungen. Die Ergebnisse dieses hermeneutischen, also immer auch interpretativ-erschlossenen Erkenntnisprozesses diskutierte ich anschließend auf der Basis einer moralisch-ethischen Auseinandersetzung: Wie gehen wir – auch die Vertreter von Hilfesystemen – mit hilfebedürftigen und ausgegrenzten Menschen um? In einer Gesellschaft, in der ökonomische Imperative, mithin sukzessiv sozialunverträgliche Strukturen menschenunwürdige Behandlung als „alternativlos“, „notwendig“, „angemessen“ oder „zumutbar“ erscheinen lassen. Ich setzte mich überdies in einem kleinen Exkurs mit dem Neoliberalismus und dem Ordoliberalismus auseinander. Ich untersuchte die neoliberale Theorie, bzw. neoliberale Ethik in einem wissenschaftlichen Kontext, in dem moralisch-wertende Erwartungshaltungen und daran anknüpfende ethische Fragen „erlaubt“ sind. Ich wurde mit einer Form der Kritik vertraut, die eine moralisch-ethische Auseinandersetzung in einem kommunikativen Kontext nicht scheut, mithin nicht darum bemüht ist, eine solche zu maskieren. Mit ihrer Absage an den Kritischen Rationalismus und der werturteilsfreien Herangehensweise an einen zu untersuchenden (sozialen) Sachverhalt, postuliert die Kritische Theorie das Formulieren normativer Setzungen sowie die Offenlegung der eigenen politischen Position (vgl. Naumann 2010, S. 22f). Ich habe mich zu Beginn meiner Foucault-Lektüre nicht intensiv mit dem Poststrukturalismus beschäftigt und bin von Anfang an (und nach wie vor) von Foucault und seiner wissenschaftlichen Herangehensweise an (soziale) Sachverhalte sehr verwundert. Dies führt mich zu der ersten These: In seiner Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus (vgl. Foucault 2006b; Sarasin 2008, S. 175-184) setzt Foucault sich dem Verdacht aus, „werturteilsfrei“ die Geschichte der neoliberalen Gouvernementalität schreiben zu

wollen, hierbei einen positivistischen Ansatz zu konstituieren, mit dessen Hilfe er sich (uneingestanden) darum bemüht, eigene moralisch-wertende Erwartungshaltungen vor dem Leser zu maskieren. Überdies scheint Foucault an vielen Stellen seiner Ausführungen mit dem deutschen Neoliberalismus, teils sogar mit dem amerikanischen Neoliberalismus zu korrespondieren. Kurzum: auf der einen Seite vermeintliche Werturteilsfreiheit, auf der anderen Seite systemimmanente Theorie. Das erinnert m. E. unmittelbar und unwillkürlich an die dezidierte Kritik der Kritischen Theorie am Kritischen Rationalismus: „Denn wenn in positivistischer Manier nur das Bestehende und Machbare im Kontext politischer Vorgaben in den wissenschaftlichen Fokus rückt, ist der Kritische Rationalismus alles andere als werturteilsfrei, sondern dient schlicht der wissenschaftlichen Legitimierung der herrschenden Verhältnisse“ (Naumann 2010, S. 23), oder, mit anderen Worten: „[D]as Normfreie [ist] letztendlich doch eingelassen (...) in das normativ Normierende“ (Witsch 2010, S. 199).

Bei meiner ausführlichen Lektüre der Foucaultschen Studien zur Gouvernementalität habe ich nicht selten inne gehalten und für mich systemaffirmative Äußerungen *hermeneutisch* erschlossen, etwa wenn Foucault den Beginn des deutschen Ordoliberalismus referiert, mithin von Ludwig Erhard – dem Vater des so genannten deutschen Wirtschaftswunders der Nachkriegszeit – und seinen „*ausgezeichneten Beratern*“ spricht (Foucault 2006b, S. 133; Kursivierung hinzugefügt, M. W.). Ferner sind mir ordoliberales Autoren begegnet, die, gleichsam verblüfft, Foucaults konformistische Haltung zum Ordoliberalismus signifizieren:

„So erstaunlich die Tatsache, dass ein französischer, eher linker Intellektueller sich mit den Ideen der Freiburger Schule um Walter Eucken auseinandersetzt, bereits für sich genommen ist, umso mehr überrascht die positive Rezeption, die Foucault dabei dem Ordoliberalismus zukommen lässt.“ (Goldschmidt / Neumärker 2009, S. 1)

Auch Foucault-Interpret Philipp Sarasin sucht in seiner einführenden Foucault-Lektüre vergebens nach einer klar formulierten (politischen) Position Foucaults und konstatiert: „Es ist nicht zu erkennen, was Foucault (...) gegen diese liberale Konzeption der Freiheit einzuwenden hätte.“ (Sarasin 2008, S. 182)

Das in diesem Kapitel angetriebene Erkenntnisinteresse folgt den hier formulierten Irritationen. Ich möchte im Kontext einer wissenschaftstheoretischen Auseinandersetzung eine Diskussion starten, mithin eine emanzipatorische Lesart

anbieten, die sich dieser Irritation stellt und sie sukzessive versucht aufzulösen. Analog zu meinem übergeordneten Erkenntnisinteresse – ich möchte in der Dissertation emanzipatorische Potentiale in einem kommunikativen Kontext freilegen – geht es mir nun um die Rekonstruktion solcher Potentiale in den gesellschaftskritischen Überlegungen der *governmentality studies*. Ich möchte ferner meine eigene hermeneutisch zu erarbeitende emanzipative Perspektive weiterentwickeln. Da es mir um das Freilegen emanzipatorischer Potentiale geht, ist es mir wichtig, und ich halte es auch für sinnvoll, exemplarisch die *Grenzen* der emanzipatorischen Dimension von Foucaults Studien zur Gouvernementalität aufzuzeigen, da dieses Analyseinstrumentarium – so die zweite These – in einem scheinbar *autopoietischen Subkontext* des sozialwissenschaftlichen Mainstreams steht und dort einen festen Platz eingenommen hat. Mit anderen Worten: Ich möchte das, was der sozialwissenschaftliche Mainstream um Foucault und seinen Studien zur Gouvernementalität für „wahr“ hält, auf seine *Substanz* hin überprüfen (vgl. hierzu Witsch 2010, S. 202), wobei ich unter Substanz aus der *hier vorgeschlagenen emanzipatorischen Perspektive* die Intention des Forschers verstehen möchte,

„(...) einen zu analysierenden sozialen Sachverhalt (...) sinnvoll zu hinterfragen im Kontext eines interaktiven Spannungsverhältnisses zwischen mindestens zwei Menschen, in der Lage, Spannungen zu ertragen, um soziale Strukturen auf eine Weise lebendig zu gestalten, die Spielraum für Überraschungen und die Freisetzung unerwarteter Entwicklungspotentiale lässt“ (a. a. O., S. 195).

Emanzipatorisches Potential, resp. von Substanz getragene sozialwissenschaftliche Analysen liegen meiner Ansicht nach dann vor, wenn der Forscher Urteile im Kontext seiner moralisch-wertenden Erwartungshaltungen *unbefangen* offen legt, mithin diese Erwartungshaltungen mit anderen Perspektiven zusammentreffen lässt, ein Zusammentreffen, das dazu einlädt, die eigenen Erwartungshaltungen nochmals zu hinterfragen und ggf. weiterzuentwickeln. Mit anderen Worten geht es mir darum, *um Verständigung bemüht zu sein*, mithin einen „*hermeneutischen Zirkel*“ zu konstituieren, der durchaus dazu einlädt, (moralische) Urteile möglichst nachvollziehbar zu fundieren, aber stets darum bemüht ist, auf *Verurteilungen* zu verzichten (vgl. hierzu Witsch 2009, S. 18). Der hier vorgeschlagene Verständigungsbegriff bewegt sich kommunikativ auf zwei Ebenen, die hierarchiefrei nebeneinanderstehen und reziprok

aufeinander verweisen. Auf der einen Ebene gilt die Botschaft: „Ich möchte verstehen“. Auf der anderen Ebene gilt die Botschaft: „Ich möchte verstanden werden“.

Es geht ferner in dem hier vorgeschlagenen Verständnis von Substanz und Emanzipation um die Anerkennung des autonomen, *in dessen Augen immer sinnvoll handelnden Menschen*, um die Anerkennung von sich *in Bewegung befindenden sozialen Strukturen*, sowohl um die Anerkennung dessen, dass der Forscher jene Strukturen sowie das autonome Empfinden des Subjekts „nicht durch Benennen äußerer, objektiv beobachtbarer Wirkfaktoren ‚erklären‘, sondern nur durch kommunikatives Nachvollziehen der (subjektiven) Weltsicht und innerer Gründe der Akteure [impliziert auch die des Forschers, Anm. M. W.] ‚verstehen‘ [kann]“ (Bortz / Döring 2006, S. 301; vgl. Wieczorek 2009, S. 52f).

Dazu analog liegt es mir fern, Foucaults Zugang zu sozialen Sachverhalten durch die hier vorgeschlagene Kritik per se abzulehnen. Wie ich zeigen möchte, bewegen sich Forscher¹, die auf das Analyseinstrumentarium der *governmentality studies* rekurrieren – so meine dritte These – durchaus in einem (uneingestandenem) interaktiven Spannungsverhältnis. Ich möchte exemplarisch in der Auseinandersetzung mit Foucault und seiner Interpreten zeigen, dass die disparaten Herangehensweisen verschiedener Paradigmen einen neuen (oder immer noch andauernden) „*Positivismusstreit*“ evozieren. Vertreter von Kritischer Theorie und Poststrukturalismus versuchen dabei das Selbstverständnis von adäquater wissenschaftlicher Herangehensweise des Gegenübers auf der Basis ihres jeweiligen Kritikverständnisses zu problematisieren. Die Autoren beider Paradigmen scheinen trotz dieses offenen Konflikts kohärente Ziele zu verfolgen. Sie versuchen die kapitalistische Gesellschaftsformation, bzw. die neoliberale Regierungskunst in einen analytischen Kontext zu stellen, mithin neue Freiheiten und emanzipative Widerstände von (subordinanter) Subjektivität zu isolieren, jedoch auf augenscheinlich völlig unterschiedlichen Wegen. Der Zugang zur Subjektivität veranschaulicht evident, dass die Wege unterschiedlicher kaum sein können: Der Poststrukturalismus um Foucault sieht das Subjekt ausschließlich als *Resultat* institutionell-diskursiver Praktiken im

¹ Aufgrund eigener Bequemlichkeit und besserer Lesbarkeit werde ich stets die maskuline Form verwenden. Forscherinnen sind ebenfalls angesprochen.

Kontext omnipräsenter Machtbezüge (Machtbeziehungen). Die „Genealogie des Subjekts“ umgeht mithin jede Annahme einer inneren Wesenheit des Menschen (vgl. Lemke 2008, S. 38). In der Perspektive der (psychoanalytisch-fundierten) Kritischen Theorie dagegen „sind die Subjekte kein bloßer Effekt der sie konstituierenden sozialen Verhältnisse, sie sind vielmehr selbst ein widersprüchliches Verhältnis konkreter Erlebnisfiguren mit *spezifischer Eigenlogik*. Diese Eigenlogik erschließt sich bloß *interpretativ*“ (Naumann 2000, S. 248; Kursivierung hinzugefügt, M. W.).

Poststrukturalismus und Kritische Theorie scheinen, zusammengefasst, bei ihren Analysen unterschiedliche Wege zu gehen, jedoch hinsichtlich ihrer wissenschaftlichen Ziele und Motive weitestgehend zu korrespondieren, wobei meinem oben beschriebenen ersten Eindruck zufolge Vertreter der Kritischen Theorie weniger darum bemüht sind, ihre Motive und moralisch-wertenden Erwartungshaltungen zu maskieren. Ich werde nach kurzen einleitenden Worten zur Gouvernamentalität mit einer Diskussion um verschiedene Zugänge zum deutschen Neoliberalismus beginnen, jener Form des Neoliberalismus, aus dem sich der so genannte Ordoliberalismus konstituierte. Anschließend werde ich das Kritikverständnis Foucaults aus der Perspektive der Kritischen Theorie perzipieren, mithin darum bemüht sein, die Kritik an Foucault mit eigenen Anteilen zu sublimieren, um den Erkenntnisprozess weiter voranzubringen. Zuletzt skizziere ich aktuelle Forschungsarbeiten der *governmentality studies*, überprüfe sie im Kontext des Foucaultschen Kritikverständnisses und nehme abschließend fundiert Stellung.

2 Foucault und der Neoliberalismus

Foucaults Studien zur (neoliberalen) Gouvernamentalität² wurden in den letzten Jahren zum inflationären Analyseinstrument des sozialwissenschaftlichen Mainstreams (vgl. Lemke 2008, S. 15). Foucault definiert „Gouvernamentalität“ bereits in seiner ersten Vorlesungsreihe „Sicherheit, Territorium, Bevölkerung“:

„Ich verstehe unter ‚Gouvernamentalität‘ die aus den Institutionen, den Vorgängen, Analysen und Reflexionen, den Berechnungen und den Taktiken gebildete Gesamtheit, welche es erlauben, diese recht spezifische, wenn auch sehr komplexe Form der Macht auszuüben, die als Hauptzielscheibe die Bevölkerung, als wichtigste Wissensform die politische Ökonomie und als wesentliches technisches Instrument die Sicherheitsdispositive hat“ (Foucault 2006a, S. 162),

wobei nach Foucault die Sicherheitsdispositive in Abgrenzung zu den Disziplinar-dispositiven nicht unterdrücken und alles unterbinden, die Dinge nicht mal „gut“ oder „schlecht“ bewerten, sondern sie mithin als „notwendige, unvermeidliche Vorgänge [nehmen], als Naturvorgänge im weitesten Sinne“ (a. a. O., S. 74).

In einigen (früheren) Texten wird irrtümlich der Zusammenhang von „gouverner“ (Regieren) und „mentalité“ (Denkweise) akzentuiert und infolgedessen von einer „Mentalität des Regierens“ gesprochen (vgl. Bröckling / Krasmann / Lemke 2000b, S. 8). Tatsächlich leitet sich Gouvernamentalität (gouvernementalité) vom französischen Adjektiv „gouvernemental“ („die Regierung betreffend“) ab, wie Lemke selbstkritisch anmerkt (vgl. Lemke 2008, S. 13, FN 5; vgl. Sarasin 2008, S. 175). Statt eine „Regierungsmentalität“, eine abstrakte Form des Denkens (interpretativ) zu rekonstruieren, soll mit diesem Analyseinstrumentarium eine Form von Regierungspraxis untersucht werden (vgl. Gertenbach 2007, S. 11). Eine (neoliberale) Regierungspraxis, die differenzierte Handlungsformen und Praxisfelder intendiert, um die Leitung von Individuen und Kollektiven im Kontext normativer Wirklichkeiten erst zu ermöglichen (vgl. hierzu Lemke 2008, S. 13). Gouvernamentalität verweist überdies

² Der hier gebotene Rahmen erlaubt keine ausführliche Zusammenfassung der Studien Foucaults. Eine solche wäre auch obsolet. Daher skizziere ich das in meinen Augen für die hier angebotene Diskussion Wesentliche und verweise den interessierten Leser auf die resümierenden Ausführungen Foucaults (vgl. Foucault 2006a, S. 520-526; ders. 2006b, S. 435-444), auf die Situierung der Vorlesungen (vgl. Sennelart 2006, S. 445-489) sowie auf Lemke 2008, S. 47-64 und Sarasin 2008, S. 175-184.

auf die Reziprozität zwischen Macht (Herrschaftstechniken) und Subjektivität (Technologien des Selbst). Forscher, die sich dem Analyseinstrumentarium der *governmentality studies* bedienen, geht es darum, die Regierungs-, resp. Machttechniken und normativen Wissensformen zu analysieren, mithin die Frage zu beantworten, „wie Herrschaftstechniken sich mit ‚Praktiken des Selbst‘ verknüpfen und Formen politischer Regierung auf Techniken des ‚Sich-selbst-Regierens‘ rekurren“ (ebd., Kursivierung hinzugefügt, M. W.). Dabei liegt der Akzent auf dem „Wie“, eine vermeintlich wertneutrale Analyse, die darum bemüht ist, einen eigenen Standpunkt unausgesprochen zu lassen, mithin so „flexibel“ zu werden wie die zu untersuchenden Gegenstände: Die Sicherheitsdispositive des Neoliberalismus (vgl. Bröckling/Krasmann/Lemke 2004a, S. 14).

In seinen Studien zur Gouvernementalität setzt sich Foucault intensiv mit dem amerikanischen Neoliberalismus und dem deutschen Ordoliberalismus der „Freiburger Schule“ auseinander. Foucault versucht beide Formen des Liberalismus genealogisch zu analysieren, indem er in seinen Analysen die historische Genese der pastoralen Regierungsform bis in das 20. Jahrhundert hinein rekonstruiert. Ich möchte im Folgenden fragmentarisch zwei weitere Zugänge zum ordoliberalen Programm hinzuziehen, um in die Thematik einzusteigen, da Foucault dem deutschen Neo-, bzw. Ordoliberalismus um Ludwig Erhard und seinen „ausgezeichneten Beratern“ (Foucault 2006b, S. 133) scheinbar einiges abgewinnen kann. Neben Foucault bieten sich hierzu ein Text aus der „linken Ecke“ an, der das ordoliberale Programm ideologiekritisch analysiert: Ralf Ptak (2008b) untersucht den „deutschen Sonderweg“, resp. die „Soziale Marktwirtschaft“ in evidenter Abgrenzung zum amerikanischen Neoliberalismus. Die dritte Perspektive repräsentiert über die bereits erwähnten Autoren Goldschmidt und Neumärker (2009) den ordoliberal-immanenten Diskurs der modernen Freiburger Schule, mit dem ich sogleich beginnen möchte.

Bezugnehmend auf Foucault und dessen genealogische Analyse, kritisieren Goldschmidt und Neumärker zu Recht die „naturalistische Naivität“ des Neoliberalismus, eine so genannte „*spontane Ordnung*“ des dynamischen ökonomischen Wettbewerbs zu antizipieren, mithin den Markt als natürliche Gegebenheit zu konstruieren, auf dass er wie von selbst die verschiedenen (egoistischen) Interessen der Subjekte zum Ausgleich bringt (vgl.

Goldschmidt/Neumärker 2009, S. 1; Foucault 2006b, S. 172). Da der ökonomische Wettbewerb im ordoliberalen Verständnis nicht natürlich entsteht, muss er das Ziel der Regierungskunst, also von politisch motivierten, ordoliberal-theoretisch fundierten Interventionen sein (vgl. Goldschmidt/Neumärker 2009, S. 2). Die Autoren sehen mithin den

„Clou der Foucaultschen Überlegungen [darin], (...) dass der Staat im Sinne der ordoliberalen Tradition selbst auf eine andere, funktionale Basis der Legitimation gestellt wird. Der Staat ist nicht aufgrund bestimmter Überzeugungen und Werte (,Ideologien‘) aus sich heraus legitimiert, sondern nur durch seine funktionale, wiewohl *notwendige* Rolle für Markt und Gesellschaft (...), wegen der *notwendigen* Funktion für die Errichtung und Erhaltung wettbewerblicher Strukturen“ (ebd.; Hervorhebungen hinzugefügt, M. W.).

Diese Einsicht, dass der Markt kein bedingungslos anzuerkennendes Schicksal sei, vielmehr die Politik reale Strukturen zu gestalten habe, ermögliche in der ordoliberalen Theorie gar ein ideologiekritisches Moment gegenüber dem *Neoliberalismus* (vgl. ebd.): Mit *Walter Eucken* (1891-1950) – einem der wichtigsten Theoretiker der Freiburger Schule – wollen die Autoren „ganz im Sinne der Foucaultschen Interpretation“ (a. a. O., S. 3) den hypostasierenden³ Charakter neoliberalen Denkens hinreichend problematisieren:

„Nicht selten werden Begriffe personifiziert, zu gestaltenden Kräften umgedeutet und aus deren Wirken das Zustandekommen konkreter Erscheinungen erklärt. (...) Soll (...) durch die Personifikation des Begriffs, durch seine Umgestaltung zu einem bewusst handelnden ‚Wesen‘, das bestimmte Eigenschaften besitzt, eine Erklärung konkreter Erscheinungen versucht werden, dann verwandelt sich der Empirismus in Mystizismus.“ (Eucken zit. in: Neumärker/Goldschmidt 2009, S. 4)

Überdies verhindere hypostasierendes Denken die Erfassung von (ökonomischen) *Tatsachen*, die es gezielt politisch-interventionistisch zu steuern gelte (vgl. a. a. O., S. 5). Eine moderne Gesellschaftstheorie müsse dem Postulat einer vom hypostasierenden Denken befreiten, ideologiefreien Ökonomik gerecht werden, indem sie konsequent auf die Grundpfeiler eines „*starken Staates*“ und eines „*starken Marktes*“ rekurriere (vgl. ebd.).

³ Auf den Begriff der „Hypostase“ werde ich in meiner Auseinandersetzung mit Foucault später noch ausführlich zurückkommen.

Wie ich an anderer Stelle (vgl. Wieczorek 2009, S. 26f) bereits konstatiert habe, scheinen die Autoren ihre vermeintlich elaborierte Kritik am Neoliberalismus uneingestanden zu determinieren, indem sie sich denselben (ideologischen) Strategien bedienen, genauer: von einem „starken Markt“ sprechen, die ökonomische Kategorie „Markt“ über die Zuschreibung der menschlichen (moralischen) Eigenschaft „stark“ hypostasieren, gleichsam personifizieren, mithin die *technisch-ökonomische* Kategorie „Markt“ *vermoralisieren* (vgl. hierzu a. a. O., S. 59f, 61f, 73), auf dass der „starke Markt“ *sozialverträgliches* Wirtschaften garantiere. Seine ganze Stärke werde der Markt indes erst zeigen können – das sehen die Ordoliberalen im Unterschied zu den Neoliberalen als entscheidend an – wenn er von einem „starken Staat“ flankiert werde, ein starker Staat, der um den Markt herum, aber nie in den Markt hinein interveniere (vgl. Goldschmidt / Neumärker 2009, S. 5). Das „*Freiburger Optimum*“ suche nach einem integrierenden Ausgleich, resp. einem Gleichgewicht zwischen (ideologisch verkürzten) Politisierungs- und Privatisierungstendenzen (vgl. a. a. O., S. 10f). Dies gelinge den Ordoliberalen zufolge ausschließlich mit einer ideologiefreien, pragmatischen Analyse, die die desintegrativen Momente von Laissez-Faire und Keynesianismus analysiert, mithin den Desintegrationsgrad von Politisierung und Privatisierung bestimmt und in letzter Konsequenz das „*Freiburger Optimum*“, eine Art Schnittstelle zwischen neoliberalen Marktradikalismus und keynesianischem Interventionismus, evoziert (vgl. a. a. O., S. 11/S. 18).

Sollten die Autoren wirklich eine substanzielle Abgrenzung vom Neoliberalismus und dessen hypostasierendem Moment intendiert haben, so haben sie dieses Ziel verfehlt. Vielleicht weil sie sich einer philosophischen, resp. ethisch-moralischen Auseinandersetzung nicht hinreichend ausgesetzt haben? Die Autoren erwecken ferner den Eindruck, selbst *unreflektiert* einem hypostasierenden, gleichsam naturalistisch-mystifizierenden Denken verhaftet zu bleiben, das mehr dazu dient, *zu beschwören*, anstatt zu analysieren (vgl. hierzu Witsch 2010, S. 192).

Es stellen sich für mich zwei wichtige Fragenkomplexe. Erstens: Was ist unter dem „*Freiburger Optimum*“ genauer zu verstehen, mithin unter „*Sozialer Marktwirtschaft*“, auf die sich so gerne *alle* (auch linke) modernen Parteien beziehen, um sich gegenüber dem angloamerikanischen Neoliberalismus politisch-strategisch abzugrenzen? Handelt es sich dabei nicht selten um eine gegen den Sozialstaat gerichtete neoliberale Politik

(vgl. Ptak 2008b, S. 70)? Also vielleicht doch keine „soziale“ Marktwirtschaft, die, mit klugen politischen Interventionen versorgt, *sozialverträgliches* Wirtschaften zu garantieren und „alternativlose“ Zumutbarkeitsimperative zu verhindern weiß? Zweitens: Wie kommen die modernen Ordoliberalen zu ihrer Überzeugung, Foucault würde mit seinen Studien zur Gouvernamentalität eine positive Rezeption des Ordoliberalismus konstituieren? Wie ist mit anderen Worten der „Clou der Foucaultschen Überlegungen“ aus der ordoliberalen Perspektive zu interpretieren?

Zu der Frage nach der „Sozialen Marktwirtschaft“: Das wesentliche Merkmal ordoliberaler Politik soll auf einem statischen Wettbewerbsmodell beruhen. Der Wettbewerb soll analog zu den Neoliberalen flankiert und stabilisiert (dynamischer Wettbewerb), jedoch darüber hinaus gehend auch initiiert werden (vgl. Ptak 2008b, S. 75). Dabei handelt es sich um eine Form des liberalen Interventionismus, die in gewohnter Manier die Idealvorstellung einer vollständigen Konkurrenz zum Ziel hat. Dies garantiere im Kontext einer sorgfältigen Planung Walter Euckens Formel von der „*Interdependenz der Ordnungen*“, die als ihr inhärentes hervorstechendes Attribut die reziproke Abhängigkeit von Ökonomie, Politik und Sozialem gleichermaßen berücksichtigen könne (vgl. a. a. O., S. 76). Die Ordoliberalen berufen sich dabei immer wieder auf die Abstraktion „Soziale Marktwirtschaft“ und versprechen sich davon die Evidenz konkreter ordnungspolitischer Interventionen. Die Abstraktion „Soziale Marktwirtschaft“ verspricht überdies freilich politisches Kapital. Um jenes Kapital sicherzustellen, stellen die Ordoliberalen ihrer „Sozialen Marktwirtschaft“ eine so genannte „Vitalpolitik“ zur Seite und konstituieren damit eine überwirtschaftliche, *ideologische* Basis, bei der „ein zu generierendes Zufriedenheitsgefühl an die Stelle realer, materieller Problemlösungen der sozialen Frage treten [soll]“ (a. a. O., S. 80). Ordoliberale Interventionen sollen sich nach den Prinzipien von „Notwendigkeit“ und „Nützlichkeit“ ausrichten, gleichwohl sich „nützliche“ oder „notwendige“ politische Interventionen auch bei den Ordoliberalen zugunsten des „starken Marktes“ unterordnen, so dass die eigentlich zu analysierende technisch-ökonomische Kategorie „Markt“ auch in der ordoliberalen Tradition zu einer axiomatischen Kategorie transformiert wird (vgl. a. a. O., S. 77). Auf den Punkt gebracht: Die ordoliberalen Termini „starker Markt“ und „Soziale Marktwirtschaft“ erscheinen als *vermoralisierte technisch-ökonomische Kategorien*, als hypostasierende Abstraktionen, die sich auf

nichts Konkretes beziehen können, sich schon gar nicht an der sozialen Praxis brechen lassen, etwa nur um zu überprüfen, wie „sozial“ der „starke Markt“ wirklich ist. Um den Anschein zu erwecken, dass die Abstraktionen sich auf etwas Konkretes beziehen können, bedarf es analog zu den Neoliberalen ideologischer Strategien, mithin abstrakter Versprechen, im Kontext der Ordoliberalen eines Wohlfühlprogramms der Vitalpolitik, um marktwirtschaftliche „Notwendigkeiten“ erfolgreich durchsetzen zu können. Der ordoliberale Theoretiker Müller-Armack hierzu:

„Unsere Theorie ist abstrakt, sie kann öffentlich nur durchgesetzt werden, wenn sie einen konkreten Sinn bekommt und dem Mann auf der Straße zeigt, dass sie gut für ihn ist“ (Müller-Armack zit. in: Ptak 2008b, S. 82).

Indes sollte die Frage vielmehr lauten, so referiert Ptak (2008b, S. 86) abschließend, inwiefern marktwirtschaftliche Mechanismen (ich würde ergänzen: unter Kapitalverwertungsbedingungen) geeignet sind, reale Probleme zu lösen? Kurzum: Analysieren anstatt beschwören!

Nun zu der Frage nach dem Verhältnis der Ordoliberalen zu Foucault. Hierzu betrachten wir zunächst das kritische Moment der Ordoliberalen am Neoliberalismus: die Basis der Legitimation. Die Ordoliberalen sehen die eigene Legitimationsbasis begründet in der „*notwendigen*“ Rolle für Markt und Gesellschaft, eingebettet in einem ihrer Ansicht nach pragmatisch-physikalischen Vokabular. Foucault verweist für meine Begriffe bereits in seiner ersten Vorlesungsreihe zur Gouvernementalität auf den Konflikt zwischen Politik und „der Notwendigkeit“, auch wenn er diesen Konflikt nicht konsequent als einen solchen zwischen Neo- und Ordoliberalen weiter expliziert:

„[D]ieses Gesetz der Notwendigkeit, das im Grunde kein Gesetz ist, überschreitet also das ganze Naturrecht, (...) überschreitet das Recht, bei dem die Theoretiker davor zurückschrecken, es das göttliche Recht zu nennen. (...) Infolgedessen ist also die Politik nicht etwas, das im Inneren einer Legalität oder eines Systems von Gesetzen zu erfolgen hat. (...) Die Politik ist etwas, das mit der Notwendigkeit zusammenhängt, (...) die alles Göttliche unterordnet. Die Notwendigkeit lässt die Gesetze verstummen“ (Foucault 2006a, S. 380).

Dies lässt sich nach meinem Dafürhalten durchaus kritisch lesen insofern, als es den Ordoliberalen gelingt, über den Begriff der „Notwendigkeit“ die insistente Verweigerung einer Legitimitätsprüfung strategisch abzusichern. Darauf verweist Foucault nicht dezidiert. Warum auch? Ich möchte später ausführlicher zeigen, dass

Foucault es kategorisch ablehnt, die Legitimität eines zu kritisierenden Gegenstandes auf seine moralische Integrität hin zu befragen. Es ist indes zu vermuten, dass es Foucaults Ausführungen in seiner zweiten Vorlesungsreihe zur „Geburt der Biopolitik“ sind, die die Ordoliberalen davon überzeugt haben, Foucault stehe dem Ordoliberalismus affirmativ gegenüber.

Foucault rezipiert zunächst den Beginn des deutschen Neoliberalismus um Ludwig Erhard, dem Vater der „Sozialen Marktwirtschaft“. Aus dem deutschen Neoliberalismus soll sich mit Walter Eucken und der Zeitschrift „Ordo“ der Ordoliberalismus konstituieren. Foucault nennt wichtige Auszüge aus Erhards berühmter Rede vor der Vollversammlung des Wirtschaftsrates in Frankfurt am 21.04.1948: „Man muss die Wirtschaft von staatlichen Einschränkungen befreien.“ (...) [D]enn, so Erhard, ‚nur ein Staat, der zugleich die Freiheit und die Verantwortlichkeit der Bürger begründet, kann berechtigterweise im Namen des Volkes sprechen.‘“ (Foucault 2006b, S. 119). Foucault konstatiert, dass es Erhard mit diesem letzten Satz um die Legitimität des Staates geht (vgl. a. a. O., S. 120), um eine Legitimität, die sich auf dem Prinzip der Freiwilligkeit gründet:

„Nehmen wir nun an, dass in dieser Institution X [dem neu gebildeten deutschen Staat, Anm. M. W.], deren Funktion nicht darin besteht, eine einschränkende Macht souverän auszuüben, sondern einfach nur einen Raum der Freiheit herzustellen, die Individuen in irgendwelcher Zahl ihre *freie Zustimmung* dazu geben, dieses *Spiel* der wirtschaftlichen Freiheit zu spielen, das ihnen durch den institutionellen Rahmen zugesichert ist. Was wird geschehen? Was bedeutet die Ausübung dieser Freiheit durch Individuen, *die nicht gezwungen sind, sie auszuüben*? Nun, es bedeutet die Zustimmung zu diesem Rahmen, Zustimmung zu jeder Entscheidung, die getroffen werden kann“ (a. a. O., S. 122; Hervorhebungen hinzugefügt, M. W.).

Foucault verweist introspektiv darauf, „mit diesem banalen Satz Ludwig Erhards eine ganze Reihe von impliziten Bedeutungen, die ihren Wert und ihre Wirkung erst im folgenden bekommen“ (ebd.), zu verknüpfen, aber er glaube, dass „dieser theoretische, politische und zugleich programmatische Sinn wirklich im Kopf, wenn nicht von Ludwig Erhard, so zumindest im Kopf derer war, die seine Rede für ihn geschrieben haben“ (ebd.). Meint Foucault vielleicht jene „*ausgezeichneten Berater*“ Ludwig Erhards, die die hier diskutierte neoliberale Gouvernementalität definiert

haben (vgl. a. a. O., S. 133)? Immerhin knüpft Foucault die Zustimmung der Individuen an die Bedingung, dass Wachstum und Wohlstand dauerhaft garantiert werden können (vgl. a. a. O., S. 125).⁴

Foucault spricht indes in seiner historischen Analyse des *Neoliberalismus* von einem

„(...)Mechanismus zur Bildung von Wahrheit (...). Man [werde] erkennen, dass man diesen Ort der Wahrheitsbildung (...) einfach sich selbst überlassen muss, mit so wenig Interventionen wie möglich, gerade damit er sowohl seine Wahrheit formulieren und sie der Regierungspraxis als Regel und Norm vorschlagen kann. Dieser Ort der Wahrheitsfindung ist (...) der Markt.“ (Foucault 2006b, S. 52)

Foucault referiert weiter die neoliberale Theorie, die sich auf den Markt mit seinen spontanen, natürlichen Mechanismen beruft, die mithin darauf abzielt, dem Markt als Regulationsinstrumentarium zu vertrauen, auf dass er die Preise natürlich und angemessen reguliere, bis gar die „angemessenen“ Preise selbst in ihrer Natürlichkeit das Ergebnis der Wahrheitsfindung repräsentieren (vgl. a. a. O., S. 54f). So gesehen erscheinen die Preise als quantifizierte und quantifizierbare Wahrheit, welche sich – gerade weil quantifizierbar – positiv erfassen lassen. Regierungspraxis könne in der Folge sich an dem angemessenen Verhältnis zwischen Produktionskosten und der Höhe der Nachfrage orientieren. Richtige und falsche Regierungspraxis könne sich anhand der natürlichen Marktmechanismen *falsifizieren* oder *verifizieren* lassen (vgl. a. a. O., S. 55). Foucault identifiziert zuletzt den Markt als Prinzip der Veridiktion⁵, als einen Prozess, der aufzeigt, dass das Wirkliche möglich ist (vgl. a. a. O., S. 57f).

Leider versäumt es Foucault an dieser Stelle, die mystifizierende neoliberale Vorstellung einer spontanen Ordnung durch Markt (und Wettbewerb) sowie das Spannungsverhältnis zwischen Möglichkeit und Wirklichkeit zu problematisieren. Ein Spannungsverhältnis, das dann virulent wird, wenn Möglichkeit und Wirklichkeit divergieren. Sprachphilosophisch könnte man dies wie folgt formulieren:

„Das Problem ist: überall, wo produziert wird, existieren Mengen und Preise, die sich im Medium ‚Markt‘ abbilden, so wie analog dazu das Sprechen sich notwendig im

⁴ Ohne freilich – das wäre auch in diesem Kontext absurd – von einem Wachstumsfetisch oder gar einer Grenze kapitalistischer Reproduktion unter Kapitalverwertungsbedingungen zu sprechen. Auf diesen *technisch-ökonomischen* Sachverhalt werde ich in einem späteren Kapitel zu sprechen kommen.

⁵ Den Begriff der Veridiktion definiert Foucault als „Gesamtheit der Regeln, die in bezug auf einen gegebenen Diskurs die Bestimmung dessen gestatten, welches die Aussagen sind, die darin als wahr oder falsch charakterisiert werden können.“ (Foucault 2006b, S. 60)

Medium ‚Sprache‘ abbildet. Dennoch folgt aus der Sprache als *Voraussetzung für Kommunikation* nicht notwendig die Kommunikation selbst, muss diese doch ausdrücklich gewollt werden. Das, was möglich ist, muss nicht zur *Wirklichkeit* werden.“ (Witsch 2009, S. 83)

Mit anderen Worten: Der „Markt“ als Medium wird als Voraussetzung für „angemessene“, „natürliche“ Preise in der neoliberalen Theoriebildung artifiziell konstituiert. Daraus folgen aber nicht notwendig „angemessene“ Preise selbst, mithin wird nicht notwendig ein *sozialverträgliches* Gesellschaftssystem garantiert. Auf dieses Spannungsverhältnis verweist Foucault nicht. Ihm scheint es lediglich darum zu gehen, aufzuzeigen, *wie* sich die neoliberale Gouvernamentalität konstituiert.

Foucaults vermeintlich wertneutrale Analysen gehen leider noch einen Schritt weiter, wie ich in einem letzten Beispiel aus der ersten Vorlesungsreihe zeigen möchte. Foucault expliziert darin verkürzt formuliert das Problem der Nahrungsmittelknappheit im 17. und 18. Jahrhundert sowie die Beziehung der Regierung zu diesem Ereignis. Foucault resümiert, seinem Ansatz konsequent, ethisch fragwürdige Schlüsse, ohne diese gleich oder später hinreichend zu problematisieren. Er beschreibt eine Regierungskunst, die bereits auf die Rationalität des *homo oeconomicus* verweist (vgl. Foucault 2006a, S. 67f), mithin im Subjekt die Rationalität des *homo oeconomicus* antizipiert, um in der Folge im Rahmen dieser ökonomisch-induktiven Theoriebildung zu bestimmten politischen Entscheidungen zu kommen. Sozialdarwinistische, politische Entscheidungen, die sich an den *lasser-faire* anlehnen, der „die Dinge laufen lässt“, auf das sie sich wie von selbst regulieren mögen (vgl. a. a. O., S. 69):

„So dass es keinen allgemeinen Nahrungsmangel mehr geben wird unter der Bedingung, dass es für eine ganze Reihe von Leuten, in einer ganzen Reihe von Märkten eine gewisse Knappheit, eine gewisse Teuerung, eine gewisse Schwierigkeit beim Getreidekauf, folglich einen gewissen Hunger gibt, und schließlich kann es gut sein, dass Leute an Hunger sterben. *Doch indem man diese Leute an Hunger sterben lässt, kann man aus dem Nahrungsmangel eine Schimäre machen* (...) [s]o dass das Ereignis Nahrungsmangel sich auf diese Art und Weise auflöst. Die Nahrungsmangel-Heimsuchung verschwindet, doch die Knappheit, welche die Individuen sterben lässt,

verschwindet nicht nur nicht, sondern sie *darf* auch nicht verschwinden.“ (ebd.; Hervorhebungen hinzugefügt, M. W.)⁶

Foucault resümiert diese und andere ethisch fragwürdige Schlüsse, ohne sie ad hoc oder später (hinreichend) zu problematisieren. Man möge mir die Stellen zeigen, in denen er das tut. Die ordoliberalen Autoren interpretieren indes Foucaults Genealogie der neoliberalen Gouvernamentalität (für mich) *nachvollziehbar* als positive Rezeption des Ordoliberalismus, das sollen die hier angeführten Beispiele zeigen. Ich möchte an dieser Stelle fragen: Was ist los mit Foucault, dem vermeintlich „alternativen“, „linken Intellektuellen“, der ferner bekannt dafür war, sich politisch kritisch zu äußern und der selbst dem Marxismus, zumindest in den Anfängen seiner wissenschaftlichen Laufbahn, nicht abgeneigt war?⁷ Um möglichen Antworten zu diesen Fragen näher zu kommen, möchte ich mich im Folgenden mit dem Kritikverständnis Foucaults befassen.

⁶ Die hier von Foucault referierte Stelle erinnert an folgendes Zitat des neoliberalen Ökonomen Friedrich August von Hayek: „Ungleichheit ist nicht bedauerlich, sondern höchst erfreulich. Sie ist einfach nötig. (...) Für eine Welt, die auf egalitäre Ideen gegründet ist, ist das Problem der Überbevölkerung (...) unlösbar. Wenn wir garantieren, dass jeder am Leben erhalten wird, der erst einmal geboren ist, werden wir sehr bald nicht mehr in der Lage sein, dieses Versprechen zu erfüllen. Gegen diese Überbevölkerung gibt es nur eine Bremse, nämlich dass sich nur die Völker erhalten und vermehren, die sich auch selbst ernähren können.“ (Hayek zit. in: Ptak 2008, S. 73; vgl. Wieczorek 2009, S. 28f)

⁷ Dass Foucault in der Tat kritikbedürftig ist, macht vielleicht folgendes Zitat deutlich: „Ich wäre begeistert, wenn man wirklich sagen könnte: es gibt die gute Wissenschaft, die wahr ist und doch nicht an die schnöde Macht rührt; und dann gibt es natürlich die schlechten Verwendungen der Wissenschaft, ihre interessengebundene Anwendung, ihre Irrtümer. Wenn Sie mir das garantieren, machen Sie mich wahrhaft glücklich.“ (Foucault 1992, S. 48)

3 Foucault und Kritik

Foucault scheint sich in seinen Studien zur Gouvernementalität darum zu bemühen, eigene moralisch-wertende Erwartungshaltungen verdeckt zu halten, so habe jedenfalls ich seine Vorlesungsreihen gelesen. Seine vermeintlich werturteilsfreie Herangehensweise evoziert indes in der (aktuellen) sozialwissenschaftlichen Auseinandersetzung theoretische und methodologische Konflikte. Vertreter der Kritischen Theorie – etwa Jürgen Habermas, Axel Honneth und Nancy Fraser – sehen das kritische Potential in Foucaults Arbeiten aufgrund ungelöster theoretischer und normativer Probleme depriviert (vgl. Lemke 2008, S. 12). Foucault wird vorgeworfen, nicht hinreichend zwischen Macht und Herrschaft im Allgemeinen und zwischen legitimen und illegitimen Formen der Macht (Herrschaft) im Besonderen zu differenzieren (vgl. Lemke 2008, S. 23). Die Kritiker sehen bei Foucault mithin ein Defizit in seiner Auseinandersetzung mit Subjektivierungsprozessen, da „Foucault Individualisierung und Selbstformierung ausschließlich als Produkt von Machtprozessen begreife“ (ebd.). Foucault konterkariere eine hinreichende hermeneutische Analyse von Subjektivität und deren Eigenlogik: Er ignoriere die folglich „nur“ *interpretierbare* spezifische Eigenlogik von Subjektivität insofern, als dass er intersubjektive Beziehungen und Abhängigkeiten nicht hinreichend analysiere, sowie das Leiden heteronomer Subjektivität unter den hegemonialen Verhältnissen nicht hinreichend artikuliere und begründe (vgl. Naumann 2000, S. 38). Mit anderen Worten: Foucault verharre aufgrund seines positivistischen Anspruchs in der Abstraktion, in der vermeintlich sicheren Distanz zu den zu untersuchenden (sozialen) Sachverhalten, abseits normativer Thesen (Postulate), die auf etwas Konkretes verweisen könnten, wie auf die historisch-spezifische Eigenlogik von Subjektivität. So gesehen würde durch Foucaults positivistische Herangehensweise an (soziale) Sachverhalte das vermeintlich angestrebte kritische Potential seiner theoretischen Ausführungen an Substanz verlieren, etwa indem durch *objektivistische* Verkürzungen die Bedürfnisse der Subjekte marginalisiert werden (vgl. hierzu a. a. O., S. 8). Überdies verweigere Foucault konsequent eine klare politische Position, resp. verzichte er auf klar formulierte politische Zielvorstellungen (vgl. Lemke 2008, S. 23). Hierzu äußert sich Nancy Fraser, die durchaus eine empirische Relevanz in Foucaults Arbeiten konstatiert,

jedoch aufgrund von „normativen Verwirrungen“ das kritische Potential unterlaufen sieht, weil Foucault sich weigere, politisch-wertende Urteile auszusprechen (vgl. a. a. O., S. 65). Foucault habe mithin aus der historisch-spezifischen Perspektive des funktionierenden keynesianischen Wohlfahrtsstaates keine Notwendigkeit gesehen, Phänomene wie Globalisierung, Flexibilisierung und Deregulierung auf einen kritischen Nenner zu bringen (vgl. a. a. O., S. 66). Lemke, überzeugt vom Foucaultschen Denken, weist die Kritik dezidiert zurück. Im Hinblick auf die Äußerungen Frasers, Foucault sei „von gestern“, entgegnet Lemke, dass doch genau dies im Sinne Foucaults sei: Wenn Fraser die Grenzen des kritischen Potentials Foucaults in einem historischen Kontext begreife und ferner eine „Genealogie der Genealogie“ intendiere, bringe genau dies kritisches Potential mit sich, denn schließlich „[diene] bei Foucault der Rekurs auf die Geschichte dazu (...), deren fortdauernde Aktualität aufzuzeigen (...), was [etwa] (...) antike Selbsttechniken mit uns hier und heute zu tun haben(...)“ (ebd.) Foucaults Arbeiten seien in der Folge gerade *nicht* Dokumente einer abgeschlossenen, vergangenen Epoche (vgl. ebd.). Um nachzuvollziehen zu können, wie Lemke das gemeint haben könnte, befasse ich mich im Folgenden genauer mit Foucaults Vorstellung einer normfreien Kritik.

Foucault verweigert sich (durchaus fundiert) einer politischen Positionierung: Denn

„in [seiner] Perspektive stellen Normen nicht etwas dar, was den (...) politischen Kämpfen vorausliegt und sie anleitet, sondern sie entstehen selbst erst in den Kämpfen, sie sind Teil dieser Kämpfe und ein Einsatz in ihnen.“ (Lemke 2008, S. 67)

(Normative) Kritik besitzt nach den Vorstellungen Foucaults die natürliche Eigenschaft, als disziplinarische Polizei, als Instrument auftreten zu wollen, ohne jedoch ihre Gesetze durchsetzen zu können. Sie ordne sich mithin normstiftend dem unter, was die herrschenden Funktionssysteme (z. B. Philosophie, Politik, Moral, Recht usw.) positiv darstellen. Kritik unterliege (uneingestanden) einem strengen Nützlichkeitsanspruch, formuliere in der Folge allgemeine Imperative (vgl. Foucault 1992, S. 9) und – ganz wichtig: „*Schließlich existiert die Kritik nur im Verhältnis zu etwas anderem als sie selbst*“ (a. a. O., S. 8; Hervorhebung hinzugefügt, M. W.). Analog der phänomenologischen Frage nach dem „Sinn“ sei es ferner eine Tatsache, dass der Sinn einer Kritik sich mittels einer „Signifikanten-Maschinerie“ und dessen Zwangsmechanismen konstituiere, mithin jede Kritik in einem reziproken Verhältnis

von Rationalität und Macht stünde (vgl. a. a. O., S. 22f). In letzter Konsequenz sieht Foucault jeden Kontext von Rationalisierung in einer „Raserei der Macht“ enden (a. a. O., S. 24), oder, anders gesagt: Jede Form normativer Kritik an einem unterdrückenden Moment evoziere immer selbst ein unterdrückendes Moment. Für den Genealogen kann Rationalisierung (in Abgrenzung zu Kant) demzufolge nicht eine Lösung des Problems sein, schon gar nicht ein adäquater Zugang zu einer kritischen Haltung, die sich disziplinierenden Machtkämpfen zu entziehen vermag. Foucault möchte nicht der Frage nachgehen, welche falsche Idee sich an welche (falsche) Herrschaft gebunden hat, vielmehr auf den Zwang einer „*Legitimitätsprüfung*“ von normativer Kritik hinweisen (vgl. a. a. O., S. 30). Ihm gehe es darum, diesen Zwang deutlich zu machen, anstatt selbst eine „richtende Kritik“ zu äußern, kurzum: Foucault möchte Kritik entjuridifizieren und entdisziplinieren, abseits jeder Form von Beurteilung oder Verurteilung (vgl. Lemke 2008, S. 68). Foucaults „positive“ Kritik bringt eine *Absage an eine moralisch-motivierte* Kritik mit sich, „um die Wertmaßstäbe, mit denen Kritik geübt wird, selbst einer kritischen Überprüfung zu unterziehen“ (ebd.). Was bedeutet dies alles für den Forscher in der Praxis?

Für den Genealogen Foucault existiert analog zu den bisherigen Ausführungen durchaus eine Form der Kritik, die auf Disziplinierung und moralisch-wertende Urteile verzichtet. Statt einer „*Legitimitätsprüfung*“ postuliert er eine „*Ereignishaftmachung*“, die zunächst die Zwangsmechanismen und Erkenntnisinhalte (der Signifikanten-Maschinerie) in ihrer ganzen Heterogenität erfasst und auf Machteffekte hin untersucht (vgl. Foucault 1992, S. 31). Dies bedeutet ein „systematischer Werteentzug“, mithin „eine Neutralisierung in Sachen Legitimität und [stattdessen] eine Beleuchtung ihrer (...) tatsächlichen Akzeptanz“ (a. a. O., S. 32). Foucault postuliert „nicht eine Arbeit der Zerstörung, der Ablehnung und Verweigerung, sondern eine Untersuchungseinheit, die darin besteht, soweit wie möglich das Wertesystem außer Kraft zu setzen, auf das man sich bezieht, um es zu testen und einzuschätzen.“ (Foucault zit. in Lemke 2008, S. 69). Ganz kurz gesagt: Die (ethischen) Werte sollen außer Kraft gesetzt werden, ohne dabei eigene moralisch-wertenden Erwartungshaltungen ins Spiel zu bringen. Doch wie will Foucault eine neutrale historische Analyse garantieren können, mithin garantieren können, der

genealogischen Analyse keine eigenen moralisch-wertenden Urteile zu applizieren? Ein solcher Weg geht für Foucault

„über eine Analyse des Nexus von Macht-Wissen, der die *Tatsache* seines Akzeptiertseins auf das hin verständlich macht, (...) wo es akzeptiert ist: das heißt, es in seiner *Positivität* erfassen. Es handelt sich also um ein Verfahren, das sich nicht um die Legitimierung kümmert und das folglich den grundlegenden Gesichtspunkt des Gesetzes eliminiert: es durchläuft den Zyklus der *Positivität*, indem es vom *Faktum* der Akzeptiertheit zum System der Akzeptabilität übergeht, welches als *Spiel* von Macht-Wissen analysiert wird“ (Foucault 1992, S. 34; Hervorhebungen hinzugefügt, M. W.).

Analog dazu schreibt Foucault in seinen Studien zur Gouvernamentalität:

„Die Kritik, die ich Ihnen vorschlage, besteht darin zu bestimmen, unter welchen Bedingungen und mit welchen Auswirkungen sich eine Veridiktion vollzieht, d. h. abermals eine Art der Formulierung, die von bestimmten Regeln der *Verifikation* und *Falsifikation* abhängt.“ (Foucault 2006b, S. 61; Kursivierung hinzugefügt, M. W.)

Foucault scheint über all dem seine hier gezeigten positivistischen Implikationen euphemistisch entkräften zu wollen. Denn in seiner vorgeschlagenen Form der historisch-philosophischen Praxis gehe es *nicht* um die Ausarbeitung fertiger Tatsachen, sondern um die Fabrikation einer *eigenen* Geschichte (vgl. Foucault 1992, S. 26). Man könnte im ersten Moment erleichtert aufatmen: Der Forscher darf sich also im Kontext des Foucaultschen Kritikbegriffs *interpretativ* eine eigene Geschichte erarbeiten.

Dass Foucault seine Analysen nicht in einem hermeneutisch-interpretativen Kontext sehen möchte, machen folgende Ausführungen deutlich: Der Genealogue Foucault sieht in der Interpretation die gewaltvolle Bemächtigung eines Regelsystems und deren Einbringung in ein anderes Regelsystem. Die Genealogie sei nichts anderes als eine *Geschichte* dieser (Moral-) Vorstellungen, mithin eine Geschichte, die sich von dem Glauben an einen tieferen zu interpretierenden Sinn befreit habe und die letztendlich in der Lage sei, Irrtümer, falsche Einschätzungen und Fehlkalkulationen zu entdecken (vgl. Sarasin 2008, S. 120). Da die zu untersuchenden (sozialen) Sachverhalte (z. B. Diskurse) bei Foucault keinen interpretierbaren tieferen (subjektiven) Sinn besitzen, stattdessen „an der Wurzel dessen, was wir erkennen und was wir sind, nicht die [zu interpretierende, Hinzuf. M. W.] Wahrheit liegt und auch nicht das Sein, sondern die Äußerlichkeit des Zufalls“ (Foucault zit. in Sarasin 2008, S.

120), können und *dürfen* die subjektiven Anteile, resp. das Vorverständnis des Forschers bei Foucault keine hinreichende Berücksichtigung finden. Diskurse etwa sind für Foucault keine Basis der Verständigung (vgl. Sarasin 2008, S. 105), weshalb ihn ausschließlich manifeste Sinnstrukturen auf der analytischen Ebene interessieren (vgl. a. a. O., S. 108), ein „positivistische[r] (...) Impuls, auch in der Diskursanalyse etwas über die *wirklichen* Strukturen sagen zu wollen und nicht nur ein Denkmodell angesichts einer grundsätzlich unfassbaren Wirklichkeit vorzulegen“ (a. a. O., S. 111).

Mit den Worten Foucaults

„müssen [wir] uns nicht einbilden, dass uns die Welt ein lesbares Gesicht zuwendet, welches wir nur zu *entziffern* haben. (...). Man muss den Diskurs als eine Gewalt begreifen, die wir den Dingen antun“ (Foucault 2007, S. 34; Kursivierung hinzugefügt, M. W.).

Überraschend postuliert Foucault an anderer Stelle die *Entzifferung* der verschiedenen Typen von Beziehungen und von Interaktionen (vgl. Foucault 1992, S. 37). Es gehe ihm nicht darum, eine feste Ursache für ein Problem zu lokalisieren, sondern „eine singuläre Positivität gerade in ihrer Singularität einsichtig zu machen“ (ebd.).

Foucault und sein Kritikbegriff sind m. E. schwer zu fassen, was vielleicht daran liegen mag, dass Foucault sich nicht evident festlegen möchte? War seine Sorge am Ende so groß gewesen, sich selbst und seine Theorie bloß in ein Feld von Machteffekten einzulassen, ohne Hoffnung, sich davon konstruktiv emanzipieren zu können? Ich glaube, dass er genau das erreicht hat, gerade *weil* er sich nicht positioniert. Fordert er auf der einen Seite die Erfassung von Tatsachen, die den Regeln der Verifikation und der Falsifikation gehorchen, lehnt er auf der anderen Seite die Ausarbeitung fertiger Tatsachen ab. Auf der einen Seite spricht Foucault dezidiert davon, dass wir nicht so naiv sein sollen, die Welt entzifferbar (also interpretierbar!) vorzufinden, lehnt konsequent die Interpretation eines (tieferen) Sinns ab, um auf der anderen Seite dann doch die Entzifferung von Interaktionen und zirkulären Aktionen zu postulieren. Und obwohl Foucault seine eigene (positive) Geschichte schreiben möchte, stellt er sich selbst und das System, in dem er lebt, konsequent ins Abseits. Die philosophische Frage, wo der Forscher selbst steht im Kontext der gerade gültigen „Macht der Wahrheit“, soll durch seine genealogische Analyse entsubjektiviert werden (vgl. Foucault 1992, S. 27). Der Genealoge soll ferner eine Kunst konstituieren, nicht

derart (z. B. neoliberal) regiert zu werden, und gleichzeitig auf das Postulat „Ich möchte nicht derart regiert werden!“ verzichten. Er soll eine ethisch-politische Haltung einnehmen, „ein Ethos, das sich selbst begründet, ohne sich durch den Rekurs auf ein ihm äußerliches Wissen legitimieren zu müssen“ (vgl. Lemke 2008, S. 69). Der Forscher selbst spielt keine Rolle, schließlich sei jene kritische Haltung weniger eine subjektive, willkürliche Entscheidung, sondern das Ergebnis einer kollektiven Erfahrung, „die auf die praktische Veränderung der sozialen Verhältnisse zielt“ (a. a. O., S. 69f). Mit dieser Methode, so lese ich Foucault, soll der (sozialwissenschaftliche) Konsens über eine sich selbst konstituierende (spontane) Ordnung – die historisch-philosophische Praxis – evoziert werden. Eine Praxis, die frei von (moralischen) Urteilen ist, in der es den (wissenschaftlichen) Protagonisten gelingt, eigene moralisch-wertende Erwartungshaltungen aus dem Spiel zu lassen. Der logische Umkehrschluss – und Foucault macht daraus auch kein Geheimnis: Der Konsens wird *nicht* in einem kommunikativen Prozess erarbeitet, auch nicht in einem solchen, der sich idealerweise um Verständigung bemüht.

Für mich bleiben immer noch folgende Fragen nicht hinreichend beantwortet: Wie ist es jenseits einer expressiv-positivistischen Herangehensweise möglich, ein anderes Wertesystem außer Kraft zu setzen, ohne einen eigenen antagonistischen, resp. moralisch-motivierten Wertbezug – bewusst oder unbewusst – ins Spiel zu bringen? Wie ist es zu verstehen, dass der Forscher sich dessen sicher sein kann, einer „Legitimitätsprüfung“ nicht ausgesetzt zu werden? Und was passiert, wenn die Forderung einer Legitimitätsprüfung wider erwarten doch über den Forscher hereinbricht? Wenn sich interessierte Leser oder sich betroffen fühlende Subjekte plötzlich zu den genealogischen Analysen äußern und vielleicht eine andere Perspektive, resp. eine moralisch-wertende Erwartungshaltung äußern wollen? Was bleibt dem Genealogen dann noch übrig, *als die Kommunikation zu verweigern*⁸, denn jede evidente Stellungnahme oder weitere Begründung würde den Verdacht erwecken, er hätte etwas zu legitimieren. Kann es also Foucaults (uneingestandene) Intention sein, sich kommunikativ zu verweigern?

⁸ Zum Begriff der Kommunikationsverweigerung vgl. Witsch 2009, S. 166f; ders. 2010, S. 190-195; Wieczorek 2009, S. 1f, S. 83

Die für mich wesentliche Frage lautet daher: *Lassen sich Prozesse der Entzifferung (Interpretation) von solchen der kommunikativen Verständigung mit seinen moralisch-motivierten Erwartungshaltungen abgrenzen?* Lassen sich Prozesse der Interpretation abgrenzen von „Erwartungshaltungen (...), die, weil durchgehend normativ-moralisch motiviert, in einem systemtheoretisch-physikalistischen Vokabular nicht mehr aufgehen“ (Witsch 2010, S. 193)? Ich meine nein! Foucault hat bei seinem Wunsch nach einer werturteilsfreien Kritik – den bisherigen Überlegungen zufolge – keine andere Wahl als eine *expressiv-positivistische* Herangehensweise zu konzipieren. Für Foucault beginnt werturteilsfreie Kritik dort, wo er eine Geschichte der Veridiktion schreibt. Dies setzt aber voraus, dass der Ort der Wahrheitsbildung und die gebildete Wahrheit selbst *positivistisch* erfassbar sind, als lägen sie mithin als *falsifizierbare* oder *verifizierbare* Tatsachen insofern bereit, als dass sowohl Autor als auch Leser, selbst wenn sie denn wollten, den Untersuchungsgegenständen keine Signifikanzen mehr zuschreiben können. Dabei spielt es m. E. überhaupt keine Rolle, ob die Untersuchungsgegenstände in vollendeter Form oder als Singularitäten auftauchen. Erst wenn nicht mehr von *zu interpretierenden sozialen Sachverhalten*, sondern von *verifizierten Tatsachen* gesprochen werden kann, die es niemals jemand wagen würde in Frage zu stellen, kann sich der Forscher gewiss sein, von (störenden) Fragen von Außen verschont zu bleiben. In letzter Konsequenz unterstütze ich die Auffassung, dass die ethisch-moralische Auseinandersetzung einen immer wieder einholt, dass der (sozialwissenschaftliche) Forscher sich dieser Auseinandersetzung stellen sollte, und dass demzufolge eine (uneingestandene) kommunikative Verweigerungshaltung nicht nachvollziehbar begründbar ist (vgl. a. a. O., S. 194). Foucault scheint indes einen körperlich begreifbaren Wahrheitsbegriff zu postulieren (vgl. hierzu a. a. O., S. 197), mithin zu glauben, „er würde mit Definitionen, die in ein normfreies (...) physikalisches Vokabular eingelassen sind, die soziale Realität explanatorisch abbilden“ (a. a. O., S. 195). Foucaults „glücklicher Positivismus“ (vgl. hierzu Foucault 2007, S. 44; Sarasin 2008, S. 120; Jäger 2009, S. 8), bzw. sein (uneingestander) Tatsachenfetisch kommt m. E. in dieser Form der Kommunikationsverweigerung zum Ausdruck.

4 Foucault und Subjektivität

Die bis zu diesem Punkt formulierte Kritik an Foucault und seiner wissenschaftlichen Herangehensweise dockt offensichtlich an dem alten wissenschaftlichen Konflikt zwischen der Frankfurter Schule und dem Kritischen Rationalismus an: dem „Positivismusstreit“. Ich möchte im Folgenden versuchen, die bisherige Kritik an Foucault, die den Akzent auf einen (uneingestanden)en Tatsachenfetisch legt, mit dem Begriff der *Hypostase* zu sublimieren, ein sprachphilosophischer Begriff, der auf Immanuel Kant zurück geht:

„So ist denn aller Streit über die Natur unseres denkenden Wesens (...) eine Folge davon, dass man in Ansehung dessen, wovon man nichts weiß [wie etwa eine nicht positivistisch (er)fassbare „Macht“ oder eine „unsichtbare Hand“ des freien Marktes, Anm. M. W.], die Lücke durch Paralogismen der Vernunft ausfüllt, da man seine Gedanken zu Sachen macht und sie hypostasiiert (...)“ (Kant [1787] 1993, S. 424).

Bei hypostasierendem Denken handelt es sich mit anderen Worten um *unreflektierte* sprachlich-evozierte Konstruktionen, mithin um in eine bestimmte Theorie eingebettete und damit sinnstiftende Personifizierung abstrakter Begrifflichkeiten, wie zum Beispiel die Personifizierung einer alles umfassenden Macht oder eines die verschiedenen Interessen zum Ausgleich bringenden (starken) Marktes. Foucault erweckt m. E. nicht selten den Eindruck, in seiner Auseinandersetzung mit der Triade Macht-Wissen-Subjektivität einen hypostasierenden Machtbegriff zu konstituieren. Die omnipräsente Macht erhält ein Eigenleben und das, obwohl der profane Verstand einem sagt: es ausschließlich die *Subjekte* sein können, die ein Eigenleben besitzen. Selbst wenn Foucault dazu auffordert, niemals von *einer* Macht oder von *der* Macht zu sprechen, welche selbst agieren würde (vgl. Foucault 1992, S. 33), selbst wenn Foucault-Interpreten darauf hinweisen wollen, dass im Kontext der Foucaultschen Überlegungen „Macht nicht ontologisch hypostasiert werden [darf]“ (Detel 1998, S. 27), erweist sich m. E. der Foucaultsche Machtbegriff als funktional im Hinblick auf die *Konsequenzen* einer Hypostasierung. Es geht mit anderen Worten in der hier vorgeschlagenen Kritik an Foucault schlicht um die *konnotativ-funktionalen* Folgen seines hypostasierenden Machtbegriffs und die daran *anschließbaren* Schlussfolgerungen: Während Jürgen Habermas als Vertreter der Kritischen Theorie

(spezifische) Diskurse als Resultat souveräner intersubjektiver Interaktionen perzipiert, sieht Foucault umgekehrt die (historisch-spezifische) Intersubjektivität erst durch die in einem Kontext von Machtbeziehungen geführten Diskurse konstituiert (vgl. Jäger 2009, S. 124). Diskurse bewegen sich in Foucaults hypostasierender Vorstellung von Macht in einem Kräftefeld von Macht- und Gegenmacht, mit der Folge eines permanenten Kampfes, dem sich niemand zu entziehen vermag (vgl. Jäger 2009, S. 129f). Foucault postuliert die Vorstellung einer alles umfassenden Macht, die über Diskurse mit ihrem disziplinierenden Charakter die Subjekte im Rahmen eines „sozialen Körpers“ naturalisiert, Subjektivität gleichsam körperlich-materiell begreifen lässt (vgl. Naumann 2000, S. 34). So ist es mit Foucault die Macht, die „die Körper durchdringt, Dinge produziert, Lust verursacht, Wissen hervorbringt, Diskurse produziert (...)“ (Foucault zit. in Jäger 2009, S. 155; vgl. Naumann 2000, S. 35). Nach seiner Vorstellung kann Macht nicht erworben oder verloren werden, sondern sie vollzieht sich erst im *Spiel* ungleicher (Macht-) Beziehungen, die sich zu anderen Typen von Verhältnissen (wie etwa ökonomische Prozesse oder Sexualität) nicht äußerlich positionieren, sondern ihnen immanent sind (vgl. Jäger 2009, S. 152). Analog zu den Neoliberalen, deren Theorie einen (starken) Markt postuliert, der sich erst im Spiel des ökonomischen Wettbewerbs vollzieht und wie von selbst eine spontane Ordnung garantiert, ist es bei Foucault das Spiel der Machtbeziehungen, in denen sich die Macht vollzieht. In Foucaults Theorie existiert indes nichts ohne implizite Macht(beziehungen); (subjektive) Widerstandformen existieren im Kontext dieser (strategischen) Machtbeziehungen als Gegenmacht – sie liegen niemals außerhalb der Macht (vgl. a. a. O., S. 153).

Was bleibt im Kontext dieser verkürzten Überlegungen von der spezifischen Eigenlogik, resp. von den Bedürfnissen und Autonomiebestrebungen der Subjekte noch übrig? Wie können (lustvolle) Bedürfnisse, Sehnsüchte und (unlustvolles) Leiden (heteronomer oder autonomer) Subjektivität jenseits der Kategorien „Macht“ und „Markt“ analysiert werden? Ich glaube, dass eine Analyse, die das Subjekt unter den Hypostasen „Markt“ oder „Macht“ begräbt, es (in seiner Eigenlogik) nicht ernst nimmt. Dann ist das Subjekt immer nur Produkt bzw. Effekt von Wettbewerb und Machtbeziehungen, lediglich ein Resultat von institutionell-diskursiven Strukturen. Auch hier ginge emanzipatorisches Potential verloren.

5 Foucault und moderne Rekursionen

Es stellt sich die Frage, ob und wie emanzipatorische Potentiale im Kontext moderner Forschungsarbeiten, die auf Foucault und seinen Studien zur Gouvernementalität rekurrieren, freigesetzt werden, oder ob sich diese Arbeiten im Kontext des Foucaultschen Denken affirmativ-konformistisch, resp. positivistisch-werturteilsfrei positionieren? Untersucht man exemplarisch die empirische Relevanz der Forschungsarbeiten, die sich dem Analyseinstrumentarium der *governmentality studies* bedienen (Bröckling / Krasmann / Lemke 2000a; dies. 2004b), fallen m. E. die teils aufkommenden Abweichungen vom Kritikverständnis Foucaults auf, auch wenn die Autoren nicht explizit darauf hinweisen, ganz im Gegenteil:

Im „*Glossar der Gegenwart*“ (2004b) explizieren die Herausgeber in ihrer Einleitung die Intention der Beiträge. Es soll analog dem Kritikverständnis Foucaults um eine Geschichte der Gegenwart gehen und sich demzufolge „um eine Kritik ohne festen Boden unter den Füßen [handeln]“ (Bröckling / Krasmann / Lemke 2004a, S. 14). Sobald Kritik eine Abweichung der Norm propagiere, werde die Kritik selbst zur Norm. Konsequenter postulieren die Autoren analog zu Foucault, auf einen (politischen) Standpunkt zu verzichten, mithin „eine Form der Kritik [zu üben], die weniger bewertet, als die Systeme der Bewertung analysiert“ (ebd.). Es soll in letzter Konsequenz

„sichtbar [gemacht werden], welche Zumutungen die Technologien zeitgenössischer Regierung den Einzelnen abverlangen, welchen Ambivalenzen und paradoxen Anforderungen sie diese aussetzen, schließlich welche Zwänge und Sanktionen sie ihnen auferlegen“

(a. a. O., S. 15, Kursivierung hinzugefügt, M. W.).

Der Leser mag selbst beurteilen, ob bereits dieses Zitat eine politische Haltung, resp. eine moralisch-wertendes Urteil impliziert. Nach meinem Dafürhalten handelt es sich dabei um eine Form normativer Kritik, um eine moralisch-wertende Erwartungshaltung, die eine Abweichung der Norm propagiert und die – analog dem Verständnis der Autoren – dabei selbst zur Norm wird insofern, als die Technologien zeitgenössischer Regierung, deren paradoxen Anforderungen, Zwänge und Sanktionen als unzumutbar demaskiert und performativ angeprangert werden sollen. Foucault

spricht in seinen Vorlesungen zur Gouvernamentalität, das möchte ich deutlich sagen, niemals direkt von Zumutungen, Ambivalenzen, paradoxen Anforderungen, Zwängen oder Sanktionen. Man möge mir die Stellen zeigen. Die Herausgeber des *Glossars* sprechen dagegen zu Recht von *Zumutungen*, die dem Einzelnen abverlangt werden, sogar im wahrsten Sinne des Wortes abverlangt werden, man denke an den Zumutbarkeitsbegriff im SGB II (vgl. §2 und §10). Impliziert diese „Feststellung“, die in den einzelnen Beiträgen fundiert werden soll, nicht zwingend den politischen Willen, herrschende Normen (Zumutungen) abzuschaffen? Doch zunächst exemplarisch zu den einzelnen Beiträgen.

Kocyba beschäftigt sich mit dem modernen Aktivierungsbegriff und verweist (kritisch) auf seine Funktion als normative Auszeichnung der *vita activa*, nach der erst erbrachte Nachweise von Erfolg und Leistung soziale Grundrechte garantieren (vgl. *Kocyba* 2004, S. 17). Mit anderen Worten wird auch der Arbeitslose (Ausgegrenzte) per se als aktiver, potenter *homo oeconomicus* signifiziert, der, sofern genügend motiviert, in der Lage ist, eine „angemessene“ Leistungsfähigkeit, resp. Eigeninitiative zu zeigen, um sich seine Grundrechte zu verdienen: „Dabei ist Aktivierung im Kern ein Vorgang, der immer schon voraussetzt, was er erst zu bewirken verspricht: Etwas, das noch nicht oder nicht mehr aktiv, das passiv ist, aber aktiv sein könnte“ (a. a. O., S. 18), kurzum: das was möglich ist, soll tunlichst Wirklichkeit werden. Der Autor kennzeichnet Aktivierung mithin als einen „zwanglosen Zwang zur Selbstoptimierung“ (vgl. a. a. O., S. 19). Zwanglos, da die Selbstkonstitution zum internen Unternehmer im Kontext des (neo-)liberalen Verständnisses von Freiheit vollzogen wird (vgl. hierzu *Wieczorek* 2009, S. 16) und Zwang, da im Falle eines Scheiterns oder nicht hinreichend „nachgewiesener“ Motivation die Konsequenzen – z. B. Kürzung bis hin zur kompletten Streichung der Sozialleistungen (vgl. § 31 SGB II) – allein der Ausgegrenzte zu tragen hat. Die Analyse, ob Menschen auch „Opfer“ struktureller Verhältnisse sind, wie es ihnen mit der Entmündigung geht, welche psychologischen Folgen das für einen Betroffenen haben könnte, all das wird verweigert; der Misserfolg wird dem zugeordnet, der nicht im Kontext des Aktivierungsimperativs gehandelt hat (vgl. *Kocyba* 2004, S. 20). *Kocyba* konstatiert zu Recht, dass unter dem Diktat des Aktivierungsdiskurses der Adressat, sollte er sich als Opfer der gewaltvollen Verwaltung begreifen, „nachhaltig daran erinnert [wird], dass er durch Passivität,

Lethargie und Defätismus ja aktiv zur Fortdauer seiner misslichen Lage beigetragen und somit das Recht auf Unterstützung verwirkt habe“ (a. a. O., S. 21).

Analog zu dem hier skizzierten Aktivierungsbegriff verweist auch das moderne Verständnis von *Erfolg* auf die Vereinzelung der (konformistischen) Subjekte. Das Subjekt konstituiert sich nach *Neckel* in der modernen Semantik des Erfolgs als Souverän. Erfolgreiches Handeln wird mithin als Resultat zielstrebigener, vernünftig geplanter, daher bewusst intendierter Handlungen verstanden (vgl. Neckel 2004, S. 63). Das Subjekt (als *homo oeconomicus*) ist angehalten, den Erfolg als eine konsequent zu realisierende Verpflichtung zu betrachten. Ob sich der Erfolg real eingestellt hat, lässt sich im (globalen) Wettbewerb an Indikatoren wie Geld und Titel messen (vgl. a. a. O., S. 65). Dagegen muss unter der Zielvorgabe der Wettbewerbsfähigkeit erfolgreiches Handeln auf Kontinuität und Wachstum ausgerichtet sein. Der vergangene Erfolg wird unter diesem Gesichtspunkt erheblich depriviert, mithin „ist das Subjekt daher unablässig in einer Flucht nach vorn gefangen, die auf längere Sicht selbst wieder zum Scheitern verurteilt ist“ (a. a. O., S. 69). Es wird deutlich, dass der ökonomische Imperativ, Erfolg haben zu *müssen*, auf seiner „Rückseite“ Sündenbockphilosophien evoziert. Bleibt der Erfolg aus, muss das Scheitern gleichsam *erfolgreich* bewältigt werden (vgl. a. a. O., S. 64). Gelingt dies nicht, hat der Betroffene nicht genug an sich geglaubt, nicht genügend Potentiale geweckt, um sich im Kontext des ökonomischen Wettbewerbs durchzusetzen; er hat es versäumt, „nach Vorne zu schauen und immer an das Machbare zu glauben, immer an das zu glauben, was möglich ist.“ („Torwart-Titan“ Oliver Kahn in einer Sendung bei „Maybrit Illner“, vgl. Wieczorek 2009, S. 64). Er hat eigenverantwortlich versagt und muss daher eigenverantwortlich die Konsequenzen tragen: Armut und Ausgrenzung.

Da die Auseinandersetzung mit den Begriffen „Aktivierung“ und „Erfolg“ in den kurzen Beiträgen eher den Akzent auf die Selbstkonstitution des Subjekts legt, wird notwendig die gesellschaftliche Ebene, die Analyse des kapitalistischen Systems, vernachlässigt. *Görg* versucht in seinem aufschlussreichen Beitrag den Begriff der *Globalisierung* kritisch zu explizieren und dabei Konturen des (globalen) Kapitalismus zu zeichnen. Der Begriff der Globalisierung benennt nach *Görg* nicht hinreichend die gesellschaftlichen Veränderungen, da Globalisierung nur die westlichen

Industrieländer einbeziehe und mithin ein großes politisches Projekt repräsentiere (vgl. Görg 2004, S. 107):

„Die alltagssprachliche Verwendung des Begriffs (...) suggeriert, Globalisierung vollziehe sich als ein unaufhaltsam wirkender Zwang, dem sich niemand zu entziehen vermag und unterschlägt damit, dass hier Interessen bestimmter Akteure, unter anderem der *global player*, durchgesetzt werden, (...) dass Globalisierung politisch gewollt und durchgesetzt wird und daher auch verändert werden kann“ (ebd.).

Der Autor identifiziert den Globalisierungsbegriff zwar nicht explizit als ein hypostasierendes Konstrukt. Er formuliert überdies nicht explizit den Verzicht, die politisch-ökonomische Verantwortung der *global players* unter Hypostasen zu begraben. Aber er identifiziert das moderne (hegemoniale) Verständnis von Globalisierung als eine „*self fulfilling prophecy*“, als einen (alternativlosen) Sachzwang, der die gewollten politischen Strategien maskiert und die *Entpolitisierung* des Subjekts vorantreibt (vgl. a. a. O., S. 108). Konsequenterweise determiniert Görg die Hartz-Reformen als eine „Bereinigung“ der Arbeitslosenstatistik, die „die damit verbundenen gravierenden sozialen Eingriffe als ‚*unausweichlich*‘ legitimiert“ (ebd.).

Die hier kurz skizzierten Studien scheinen mit dem Kritikverständnis Foucaults deutlich zu brechen. Die Autoren versuchen zwar durchaus das (neoliberale) Wertesystem außer Kraft zu setzen. Jedoch augenscheinlich nicht im Kontext des Kritikbegriffs, den Foucault konzipiert hat. Moralisch-wertende Erwartungshaltung, resp. normative Konnotationen kommen m. E. evident in den Beiträgen zum Ausdruck, ohne dass dies offen von den Autoren expliziert wird. M. E. sollte man nicht frag- und sprachlos antizipieren, dass die hier versuchte „historisch-philosophische Praxis“ frei ist von versuchten „Legitimitätsprüfungen“ an der neoliberalen Regierungspraxis. Im Gegenteil. Die Beiträge versuchen, Formen neoliberaler Regierungskunst zu konterkarieren, ohne auf Foucaults positivistische Regeln der Verifikation und Falsifikation zu rekurren. Obwohl Foucault in seinen Studien zur neoliberalen Gouvernementalität den Anschein erweckt, frei von normativer Kritik lediglich die Geschichte der neoliberalen Gouvernementalität zu schreiben, wie sie sich *tatsächlich* ereignet hat (systemimmanent), scheinen die Autoren ihren Beiträgen eine persönliche Note zu verleihen. Sie möchten mithin Foucaults Ansatz als eine theoretische und methodologische Möglichkeit interpretieren, den Neoliberalismus in seiner Historizität

zu analysieren, jedoch ohne bei der genealogischen Analyse, die frei sein muss von normativer Kritik, stehen zu bleiben.

Wenn AutorInnen wie Bröckling / Krasmann / Lemke (2004a, 2000b) sich dazu entscheiden, Foucault so zu verstehen, dass er (introspektiv) dazu einlädt, die Grenzen seiner Theoriebildung in einem historischen Kontext zu begreifen, überdies eine Genealogie der Genealogie zu betreiben, dabei Kritik als Haltung versteht, die „(...) sich unablässig formiert, sich fortsetzt und immer wieder von neuem entsteht“ (Foucault 1992, S. 8; Kagerbauer 2010, S. 17), in letzter Konsequenz sogar Weiterentwicklung (über das Formulieren moralisch-wertender Urteile) möglich sein soll, bedeutet nicht, dass Foucault von anderen AutorInnen gleichsam rezipiert wird. Wie die Ausführungen der Ordoliberalen Goldschmidt und Neumärker (2009) zu Beginn dieses Kapitels zeigen, lässt sich Foucault auch anders verstehen und gar für systemaffirmative Theoriebildung nutzen. Dann geht das vermeintliche kritische Potential in Foucaults Ansatz nicht nur verloren, sondern unterstützt mithin die Zementierung systemimmanenter Imperative. Da hilft es auch nichts, dass Foucault, wenn man ihn denn nur „richtig“ verstehen würde, zu Problematisierungen einlädt, bzw. appellativ dazu auffordert, andere Praktiken und Denkformen zu konstituieren, die nicht einen „kategorischen Imperativ“, sondern einen „bedingten Imperativ“ formulieren (vgl. Lemke 2008, S. 69). Mit einer klaren politischen Positionierung, wie sie indes Foucault-Interpret Siegfried Jäger in seinem Vorwort zur „Kritischen Diskursanalyse“ postuliert (vgl. Jäger 2009, S. 8), hätte es m. E. vermieden werden können, Foucault „falsch“ zu verstehen.

6 Vorläufiges Fazit

An dieser Stelle möchte ich ein kleines Fazit formulieren: Das kritische (emanzipatorische) Potential der aktuellen Forschungsarbeiten, die auf Foucault und seine Studien zur Gouvernementalität rekurrieren, besteht nicht darin, dass Foucaults Ansatz bereits eine Kritik am Neoliberalismus intendiert, sondern darin, dass die ForscherInnen das kritische Potential im Foucaultschen Denken *a priori* antizipieren und mit dem Kritikverständnis Foucaults (uneingestanden) brechen, überdies entgegen seinem Dogma ihren Beiträgen (uneingestanden) moralisch-wertende Urteile und Erwartungshaltungen applizieren. Foucaults Studien zur Gouvernementalität lassen sich durchaus so lesen, dass Foucault gerade *nicht* versucht, das neoliberale, bzw. ordoliberalere Wertesystem außer Kraft zu setzen. Erst Forschungsarbeiten, die besagte Studien als eine emanzipatorische Lesart interpretieren wollen, lassen wieder auf emanzipatorisches Potential hoffen. Indes können die positivistischen Implikationen in Foucaults Studien zur Gouvernementalität auch systemaffirmative, resp. systemimmanente Theoriebildung evozieren. Autoren, die eine solche intendieren, interpretieren seine Studien zur Gouvernementalität als eine positive Rezeption des Ordoliberalismus und formulieren in der Folge ökonomische Imperative in einem ordoliberalen Kontext.

Ich möchte in meiner Arbeit einen anderen Ansatz verfolgen. Ich werde mich nicht darum bemühen, moralisch-wertende Erwartungshaltungen zu maskieren, ganz im Sinne der Kritischen Theorie. Im Kontext meiner methodologischen Fundierung möchte ich mich nicht werturteilsfrei-positivistischem Denken bedienen – dies stellt m. E. eine Form der Kommunikationsverweigerung dar – sondern ich möchte mich um *Kritikoffenheit* bemühen. Es soll – wie eingangs erwähnt – in einem emanzipatorischen Kontext darum gehen, „soziale Strukturen auf eine Weise lebendig zu gestalten, die Spielraum für Überraschungen und die Freisetzung unerwarteter Entwicklungspotentiale lässt“ (Witsch 2010, S. 195). Ich möchte die kommunikative, und das bedeutet auch immer moralisch motivierte Auseinandersetzung forcieren, *die um Verständigung bemüht ist*. Keine der von mir hier dargestellten Thesen zu Foucault, auch keine nachfolgenden Theorien und Ergebnisse sind (positivistisch) in Stein gemeißelt, sondern wurden und werden immer weiter *interpretativ-hermeneutisch*

erarbeitet. Ich habe *eine* Perspektive vorgelegt, wie Foucaults Studien zur Gouvernementalität gelesen werden *können* und aus *meiner* Sicht die Möglichkeiten, Grenzen und Gefahren seiner Theoriebildung aufgezeigt. Ich möchte auf einen (normativen) Anspruch, „Tatsachen“ zu formulieren, verzichten, obgleich ich freilich versuchen werde, meinen Standpunkt hermeneutisch zu fundieren, vielleicht mit einer Terminologie, die sich nicht immer hermeneutisch anfühlt. Ich möchte ferner dazu einladen, den Erkenntnisprozess (über Kritik) in Gang zu halten und ggf. weiterzuentwickeln. Kritik auszuhalten ist nicht leicht, denn sie kann als persönliche Abwertung, resp. – genauer formuliert – als narzisstische Kränkung erlebt werden. Foucault und auch einige seiner Interpreten setzten sich dem Verdacht aus, in sicherer Distanz zu verharren – werturteilsfrei-positivistisch; vielleicht ihre Art zu versuchen, den „moralischen Kampfplatz“ (Schmid Noerr 2001) zu verlassen, jedoch mit einer wissenschaftlichen Haltung, die dazu ermächtigt, sich einer unangenehmen Auseinandersetzung „bei Bedarf“ schnell entziehen zu können. Nichtsdestotrotz gibt es Ansätze im Foucaultschen Denken, zu denen ich mich konformistisch positionieren möchte. Denn Foucault und viele seiner Interpreten versuchen analog zu ihrem Kritikverständnis, auf *Verurteilungen* zu verzichten. Aber den Weg, eigene moralische Erwartungshaltungen, also Urteile, (uneingestanden) zu maskieren, halte ich für kommunikationsverweigernd und damit für substanzlos, weil auf Verständigung basierende Weiterentwicklung lediglich systemimmanent möglich wäre, hier konkret Verständigung in dem autopoietischen Subkontext der *governmentality studies* verharret und auf sich selbst rekurrieren muss.

Ich hoffe, es wurde einsichtig, dass es mit so einer Haltung ein leichtes ist, sich kommunikativ zu verweigern und den *interdisziplinären* Erkenntnisprozess zu blockieren. Mag dies alles analog zu Foucaults „glücklichem Positivismus“ eine logische Konsequenz sein, geht damit m. E. emanzipatorische Substanz verloren, sollten seine theoretischen Ausführungen in Reinkultur rezipiert werden, aber nicht aus den Gründen, die Lemke expliziert: Geht Lemke (2008, S. 64) lediglich von der Gefahr aus, dass durch eine Überhöhung der theoretischen und methodologischen Originalität Foucaults „die historiographische, philosophische und soziologische Tradition, an die er anknüpft, unterschlagen wird“, sehen die hier formulierten kritischen Überlegungen das prekäre Moment in Foucaults Studien zur Gouvernementalität bereits in den

unreflektierten, nicht hinreichend problematisierten positivistischen und hypostasierenden Ingredienzen, kurzum: in der hier beschriebenen Form der Kommunikationsverweigerung. Ich möchte mit einem Zitat schließen, dass m. E. gut zu diesem Artikel passt, überdies Foucault trotz aller Kritik hoffentlich in ein sympathisches Licht rückt:

„Vieles, was ich getan habe, war mir lange Zeit
selbst nicht ganz klar“

(Foucault zit. in: Sarasin 2008, S. 71)

7 Literatur

Bortz, Jürgen / Döring, Nicola 2006: Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler, Heidelberg: Springer Verlag

Bröckling, Ulrich / Krasmann, Susanne / Lemke, Thomas 2004a: Einleitung, in: dies. (Hrsg.): Glossar der Gegenwart, Frankfurt am Main: Suhrkamp

Bröckling, Ulrich / Krasmann, Susanne / Lemke, Thomas (Hrsg.) 2004b: Glossar der Gegenwart, Frankfurt am Main: Suhrkamp

Bröckling, Ulrich / Krasmann, Susanne / Lemke, Thomas (Hrsg.) 2000a: Gouvernamentalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt am Main: Suhrkamp

Bröckling, Ulrich / Krasmann, Susanne / Lemke, Thomas 2000b: Gouvernamentalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien. Eine Einleitung, in: dies. (Hrsg.): Gouvernamentalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt am Main: Suhrkamp

Detel, Wolfgang 2006: Foucault und die klassische Antike. Macht, Moral, Wissen, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag

Foucault, Michel 2007: Die Ordnung des Diskurses, Frankfurt a. M.: Fischer Taschenbuch Verlag, 10. Auflage

Foucault, Michel 2006a: Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Gouvernamentalität I, Frankfurt am Main: Suhrkamp

Foucault, Michel 2006b: Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernamentalität II, Frankfurt am Main: Suhrkamp

Foucault, Michel 1992: Was ist Kritik?, Berlin: Merve Verlag

Gertenbach, Lars 2007: Die Kultivierung des Marktes. Foucault und die Gouvernamentalität des Neoliberalismus, Berlin: Parodos Verlag

Görg, Christoph 2004: Globalisierung, in: Bröckling, Ulrich / Krasmann, Susanne / Lemke, Thomas (Hrsg.): Glossar der Gegenwart, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 105-110

Goldschmidt, Nils / Neumärker, Bernhard 2009:

Kapitalismus als Ideologiekritik. Der Freiburger Ansatz des „Ordo-Kapitalismus“ als sozialwissenschaftliche Alternative zum Laissez-Faire-Approach, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, von:

<http://portal.uni->

[freiburg.de/wiwi/Unterlagen/Neumaerker/gone_ordokapitalismus_freib.pdf](http://portal.uni-freiburg.de/wiwi/Unterlagen/Neumaerker/gone_ordokapitalismus_freib.pdf)

Jäger, Siegfried 2009: Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung, Münster: UNRAST-Verlag, 5. Auflage

Kagerbauer, Linda 2010: Rekonstruktion politischer Selbstverständnisse der feministischen Mädchenarbeit unter dem Einfluss neoliberaler Diskursstrategien, Exposé zur Dissertation, unveröffentlicht

Kant, Immanuel [1787] 1993: Kritik der reinen Vernunft, Hamburg: Felix Meiner Verlag

Kocyba, Hermann 2004: Aktivierung, in: Bröckling, Ulrich / Krasmann, Susanne / Lemke, Thomas (Hrsg.): Glossar der Gegenwart, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 17-22

Lemke, Thomas 2008: Gouvernementalität und Biopolitik, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2. Auflage

Naumann, Thilo 2010: Beziehung und Bildung in der kindlichen Entwicklung. Psychoanalytische Pädagogik als kritische Elementarpädagogik, Gießen: Psychosozial-Verlag

Naumann, Thilo 2000: Das umkämpfte Subjekt. Subjektivität, Hegemonie und Emanzipation im Postfordismus, Tübingen: edition diskord

Neckel, Sighard 2004: Erfolg, in: Bröckling, Ulrich / Krasmann, Susanne / Lemke, Thomas (Hrsg.): Glossar der Gegenwart, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 63-70

Ptak, Ralf 2008a: Grundlagen des Neoliberalismus, in: Butterwegge, Christoph / Lösch, Bettina / Ptak, Ralf (Hrsg.): Kritik des Neoliberalismus, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2. Auflage, S. 13-86

Ptak, Ralf 2008b: Soziale Marktwirtschaft und Neoliberalismus: ein deutscher Sonderweg;, in: Butterwegge, Christoph / Lösch, Bettina / Ptak, Ralf (Hrsg.): Neoliberalismus – Analysen und Alternativen, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 69-89

Sarasin, Philipp 2008: Michel Foucault zur Einführung, Hamburg: Junius Verlag, 3. Auflage

Schmid Noerr, Gunzelin 2001: Die Förderung von Selbstbehauptung und moralischer Kompetenz, in: Sozial Extra (Ausgabe Juli/August 2001). Zeitschrift für Soziale Arbeit & Sozialpolitik, S. 20-25

Sennelart, Michel 2006: Situierung der Vorlesungen, in: Foucault, Michel: Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernementalität II, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 445-489

SGB II - Grundsicherung für Arbeitssuchende / SGB XII - Sozialhilfe 2005, Deutscher Taschenbuch Verlag: München, 2. Auflage

Wieczorek, Manuel 2009: Die Ökonomisierung des Sozialen, von: <http://www.film-und-politik.de/DieOkonomisierungdesSozialenV2.pdf>

Witsch, Franz 2010: Bemerkungen über den Mehrwert, von: <http://www.film-und-politik.de/C26.pdf>

Witsch, Franz 2009: Die Politisierung des Bürgers – Beiträge zur Wahrnehmung und Produktion sozialer Strukturen, Norderstedt: Books on Demand